

**Konstantin Bösl**  
Diplom-Volkswirt (univ.)

**Prof. Dr. Tonio Walter**

Regensburg, 16. November 2007

An alle  
Mitglieder des AK Grundsatzprogramm (per-E-Mail)  
z.K. UB-Vorstandsmitglieder, Interessierte

### **SPD-Programmparteitag / Hamburger Programm**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Parteifreunde,

aus Anlass des SPD-Parteitags, der Ende Oktober das *Hamburger Programm* als neues Grundsatzprogramm verabschiedet hat, wollen wir aus unserer Sicht eine Bewertung unserer Bemühungen und Anregungen vornehmen, die im *Regensburger Entwurf* und konkreten Änderungsanträgen Früchte getragen haben.

#### **1. Länge und sprachliche Fassung des Entwurfs**

Im Gegensatz zum langen und umständlichen *Bremer Entwurf*, den der Parteivorstand im Februar als Diskussionsgrundlage beschlossen hatte, liegt das *Hamburger Programm* im Umfang wesentlich näher am prägnanten *Regensburger Entwurf*. Auch die sprachliche Gestaltung ist jetzt weniger abgehoben und verständlicher – etwas, das viele Beiträge in der Programmdebatte verlangt haben. Zwar wurde unser Antrag, die Gliederung auf jene des Regensburger Entwurfes umzustellen, wie erwartet – als einziger unserer Anträge – abgelehnt. Doch ist selbst bei diesem Antrag sein wesentlicher Punkt umgesetzt worden, und zwar die Streichung des wirren und überflüssigen (früheren) 2. Kapitels („Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert“).

#### **2. Auf dem Weg zum Bremer Entwurf**

Schon der Bremer Entwurf hatte im Vergleich zu seinem Vorentwurf an fünf nicht unwichtigen Punkten klammheimlich, aber signifikant Positionen übernommen, die allesamt bereits im Regensburger Entwurf standen und in dieser Häufung kaum aufgrund einer anderen Anregung in den Bremer Entwurf gefunden haben können: Er nennt im Gegensatz zum Vorentwurf Seuchen- und Infektionskrankheiten (nicht nur, aber auch AIDS) als eine weltweite Herausforderung unserer Zeit, erteilt Gentechnik in der Landwirtschaft eine deutliche Absage, betont, dass auch Volksgesetze (Plebiszite), die man verstärkt einführen will, verfassungsgemäßer Kontrolle unterliegen, weist viertens auf das Problem der Trinkwasserversorgung

hin, das wir in Deutschland noch nicht spüren, aber irgendwann spüren werden, und spricht sich fünftens klar gegen Vetorechte im VN-Sicherheitsrat aus. All das kann bereits im Regensburger Entwurf lesen – und jetzt auch im Hamburger Programm.

Der *Regensburger Entwurf* fand Anerkennung und Aufmerksamkeit bei den Hauptverantwortlichen der Programmdebatte, namentlich Kurt Beck und Hubertus Heil, sowie bei einigen „Elder Statesmen“ der Partei (Hans-Jochen Vogel, Helmut Schmidt, in Regensburg Gerhard Schmid) und wurde offiziell zu den Materialien aus den Gliederungen genommen – auch auf den Netzseiten der Bundespartei.

### **3. Konkrete Änderungsanträge**

Wertvoll für den SPD-Bundesparteitag war nicht nur die überregional freundliche Aufnahme des *Regensburger Entwurfs*, sondern auch die Einbringung konkreter Änderungsanträge durch den SPD-Unterbezirksparteitag am 7. Juli 2007; Änderungsanträge zum *Bremer Entwurf*, die sich auf den *Regensburger Entwurf* stützten und einige seiner wichtigsten Passagen im Wortlaut enthielten. Wir, die Initiatoren des Arbeitskreises, möchten an dieser Stelle ausdrücklich den zahlreichen UnterstützerInnen danken, die auf jenem Parteitag für die Änderungsanträge gestimmt haben.

#### **a) Einleitung, Rechts- und Innenpolitik**

Nicht im Wortlaut, aber in der Sache hat unser Bemühen Erfolg gehabt, die *Arbeitslosigkeit* als zentrale Herausforderung unserer Zeit in den Vordergrund zu stellen, den Charakter der SPD als *Mitgliederpartei* zu betonen und die Stellung *gleichgeschlechtlicher Partnerschaften* nicht hinter das zurückfallen zu lassen, was dazu im CDU-Programmtext steht. Vertan wurde mit dem Hamburger Programm aus unserer Sicht indes die Chance, eine souveräne und würdige Präambel zu formulieren – wengleich die Einleitung jetzt noch immer griffiger ist als noch im *Bremer Entwurf*.

Immerhin einen Teilerfolg hat unser Antrag zur Innen- und Sicherheitspolitik erzielt. Der Ehrlichkeit halber ist hinzuzufügen, dass dies nicht dem Engagement für jenen Antrag auf dem Parteitag zu danken ist, sondern dem Einsatz der (Bundes-)AsJ (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen). Deren Änderungsanträge deckten sich inhaltlich in vielen Teilen mit unseren Anliegen, und deren Vertreter haben auf dem Parteitag mit einem Initiativantrag auch noch Einfluss auf die Endfassung des Hamburger Programms nehmen können. Immerhin steht jetzt im Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit die Forderung nach „unbedingter Achtung der Menschen- und Bürgerrechte durch alle Staatsgewalten“; unsere Grundforderung „Gerechtigkeit darf keine Geldfrage sein“ findet sich wieder in der Formulierung „Gewährleistung einer unabhängigen Justiz und deren Erreichbarkeit für alle“, und die sozialdemokratische Urweisheit „Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik“ wird zum Ausdruck gebracht mit dem Satz: Den „Kampf gegen ... Verbrechen werden wir ... nur ... gewinnen, wenn wir mit gleicher Konsequenz gegen deren Ursachen vorgehen“. Das ist nicht viel, übrigens auch nicht aus Sicht der Bundes-AsJ. Aber es ist doch mehr und besser als das, was der Vorstand ursprünglich wollte.

## **b) Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik**

Durchschlagenden Erfolg hatten unsere Änderungsanträge auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik.

Unser Änderungsantrag zur Forderung einer rechtsform- und länderunabhängigen Mitbestimmung fand auf Seite 24 des *Hamburger Programms* dahingehend Eingang, dass nun Mitbestimmung in allen großen Unternehmen europaweit gefordert wird.

Ganz konkrete Erfolge erzielten wir auch auf dem Gebiet der Finanzpolitik (S. 26): War ursprünglich im *Bremer Entwurf* noch die allgemeine Rede von einer Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, so findet sich im *Hamburger Programm* unser Vorschlag zur Konkretisierung durch die Aufnahme des Instruments der progressiven Einkommensteuer wieder.

Desweiteren hat der Parteivorstand auf unseren Änderungsantrag hin seine denklogisch falschen Ausführungen zur „kontinuierlich steigenden Investitionsquote“ in kontinuierlich steigende Investitionen korrigiert.

Eine wichtige Änderung entsprechend unseren Änderungsanträgen fand auch bei der wirtschaftspolitischen Bewertung der Binnennachfrage statt, die ursprünglich *die* Voraussetzung für mehr Beschäftigung war und nun nur noch Voraussetzung ist.

Ganz in unserem Interesse findet sich auch die grundsätzliche Aussage im *Hamburger Programm* wieder, dass die SPD verstärkt auf eine Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme drängt. Auf dem Gebiet der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik hätten wir uns zwar weitergehende Aussagen gewünscht, sind aber mit dem gefundenen Kompromiss zufrieden.

Erfreulich zu bewerten ist außerdem eine Änderung bei der Bemessungsgrundlage für die Rentenhöhe (S. 34): Wie von uns gewünscht, ergänzt nun die Erwerbsdauer diesen Passus, der im *Bremer Entwurf* nur das Erwerbseinkommen umfasste.

## **4. Fazit und Ausblick**

Wir danken allen, die am *Regensburger Entwurf* mitgewirkt haben, ganz herzlich für diesen Einsatz. Unsere Arbeit hat gezeigt, dass man mit ernsthaften und inhaltlich fundierten Positionen auch als Basis etwas bewegen kann. Dieses Beispiel sollte uns ermutigen, auch in Zukunft als SPD-Unterbezirk Regensburg wieder verstärkt auf inhaltliche Arbeit zu setzen und uns so Anerkennung und Einfluss auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene zu sichern.

Das neue *Hamburger Programm* ist im Netz für jedermann einseh- und herunterladbar: <http://www.parteitag.spd.de/servlet/PB/menu/1727812/index.html>.

Für Rückfragen stehen wir Euch gerne und jederzeit zur Verfügung.

Mit solidarischen und herzlichen Grüßen!

Konstantin Bösl

Tonio Walter